

šGrossväterchenō und šSchwächlingō

Vor dem Jahrestag der Amtsübernahme von Francois Hollande überschlugen sich etliche Medien in verächtlichen Schlagzeilen über den vermeintlichen Versager im Elysee-Palast. Aber der SP-Staatschef bewahrt vergleichsweise hohe Sympathie-Werte und hat noch vier Amtsjahre vor sich.

AUS PARIS
DANNY LEDER

šHollande ist kein echter Chefō, bricht es aus Christine hervor. Die 47 jährige Spitalsbedienstete ringt sich dieses Geständnis mit einer leichten Gesichtsröte ab, weil sie vor einem Jahr, bei den Präsidentenwahlen, für den Sozialisten gestimmt hatte, um den, wie sie damals sagte, šunmöglichē Sarkozy loszuwerden ó eben weil sie den bürgerlichen Vorgänger von Francois Hollande anno dazumal für šallzu herrschsüchtig und aggressivō hielt.

Christine kann ihren Meinungschwenk x-fach bestätigt finden, wenn sie einen Blick auf die beleuchteten Werbeflächen der Pariser Zeitungskioske wirft: šMonsieur Faibleō (Herr Schwächling) echot das Titelblatt des Magazins šLøExpressō. Das Wochenblatt šLe Pointō schlagzeilt bange: šIst Pepère seiner Aufgabe gewachsen?ō Inzwischen hat die französische Öffentlichkeit ja auch erfahren, dass der Staatschef von seinen engsten Beratern šPepèreō getauft wurde: ein Dialektwort, das für Opa oder Großväterchen steht, also eine Art undynamischer Ruheständler, der sich nicht gerne aufscheuchen lässt und schon gar nicht zu schnellen Entscheidungen durchringen kann. Und auch das Tagblatt šLibérationō, dem Regierungslager eigentlich wohl gestimmt, fragt in Balkenlettern: šLinke, wer ist am Steuer?ō

Pünktlich zum ersten Jahrestag der Amtsübernahme von Hollande gab es auch wieder so eine der typischen Pannen in der Regierung, die schon seit Monaten auch die treuesten Anhänger der französischen SP ihr Parteilatein verlieren lassen: der Minister für šproduktiven Wiederaufbauō (eine hochtrabende Etikette für das Industrie-Ressort), Arnaud Montebourg, vermasselte den beabsichtigten Verkauf der Mehrheitsanteile des französischen Videoportals šDailymotionō an den US-Server šYahooō. Montebourg, forscher Vertreter des linken Regierungsflügels und Befürworter eines protektionistischeren Wirtschaftskurs, griff im Namen der nationalen Interessen kurzerhand in die Entscheidung des teilstaatlichen Telekom-Konzerns šOrangeō ein, der seine Tochtergesellschaft šDailymotionō an die US-Firma abtreten wollte. Zum Eklat kam es, als daraufhin der eher sozialliberale Wirtschaftsminister Pierre Moscovici die Entscheidung von Montebourg desavouierte. Dabei sind beide im selben Ministerium untergebracht.

Tags darauf gab es eine erstaunliche Verbrüderung zwischen rechtsliberalen und eher linken Kommentatoren. Prominente Vertreter beider Meinungsströmungen erklärten sinngemäß und übereinstimmend bei Diskussionen in den Medien: Wie auch immer man zur Frage des Verkaufs von französischen Firmen stehe, das schlimmste sei die fortwährende Zurückhaltung des Staatschefs. Hollande könne nicht länger die Debatten in seiner Regierung

schleifen lassen, so als würde er die gegensätzlichsten Strömungen, also jene die die EU-Sparvorgaben akzeptieren, und jene die darin eine tödliche Gefahr für die französische Wirtschaft sehen, miteinander ringen lassen ohne wirklich einzugreifen.

Untermalt werden diese Vorwürfe durch verheerende Umfrage-Ergebnisse: bei rund 75 Prozent der Befragten stößt der SP-Präsident auf Ablehnung. Meinungsforscher sprechen von einem šMinusrekordō, aber bei näherer Betrachtung merkt man, dass auch die Vorgänger Sarkozy und Jacques Chirac zeitweilig in ähnliche Popularitätstiefen gestürzt waren. Die Zahl 75 ist allerdings ein gefundenes Fressen für die Gegner von Hollande: hatte er doch im Wahlkampf mit dem überraschenden Versprechen gepunktet, er werde jene Teile der jährlichen Einkommen, die eine Million Euro pro Person übertreffen, zu 75 Prozent besteuern.

Inzwischen scheiterte dieses Steuerprojekt in seiner ursprünglichen Fassung am Veto des Verfassungsrats, und zwar nicht wegen seiner Höhe, sondern weil es mit dem Prinzip der Globalbesteuerung pro Haushalt nicht vereinbar ist. Hollande startete aber einen neuen Anlauf, der jetzt die Unternehmen zwingt, bei Gehältern von über einer Million Euro die entsprechende Steuer abzuführen.

Das Symbol bleibt also gewahrt. Das Problem ist freilich, dass Hollande die damit intendierte Besänftigung des linken Flügels seiner Anhänger und der sozial abgehängten Teile der Bevölkerung nicht gelungen ist, weil Symbole nicht ausreichen, um den Anstieg der Arbeitslosenrate auf elf Prozent (täglich werden 1000 Beschäftigungslose mehr registriert) wettzumachen. Während die 75 Prozent-Symbolik durchaus genügte, um Investoren zu verscheuchen und Wirtschaftstreibende zu verschrecken.

So ging es Hollande im abgelaufenen ersten Amtsjahr ständig: stets gelang es ihm bei seinen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sich zwischen die Stühle zu setzen. Das Rentenalters, das Sarkozy auf 62 Jahre angehoben hatte, senkte der SP-Präsident für einen Teil der Beschäftigten, die besonders früh zu arbeiten begonnen hatten, wieder auf 60 Jahre. Aber natürlich ist diese Maßnahme langfristig kaum finanzierbar und wird nun von einer voraussichtlichen Anhebung des Rentenalters und Senkung der Pensionen wieder wettgemacht werden. An den Schulen wurden tausende neue Lehrer angestellt, aber ansonsten geht der Postenabbau im aufgeblähten öffentlichen Dienst wie unter Sarkozy weiter. Auch mit einem, von ihm initiierten Sozialpartnerschafts-Abkommen, das den Unternehmen mehr Flexibilität einräumt und den Arbeitnehmern soziale Begleitmaßnahmen bietet, erntete Hollande vorläufig mehr Kritik als Zustimmung.

Eigentlich könnten gerade solche Kompromisse Hollande auch positiv angerechnet werden. Aber im Endeffekt haben die meisten Franzosen das Gefühl, sie wisse nicht, wo die Reise unter Hollande hingehe. Der Präsident spricht zwar vage von šseriöser Haushaltsführungō und verkündet ungetrübt die baldige Senkung der Arbeitslosenzahl, seine Sätze klingen aber ungemein hohl. Das ist vermutlich Absicht. Hollande glaubt wohl, man könne der Bevölkerung nicht mehr zumuten, nachdem diese laut Umfragen zu 68 Prozent seine anfängliche Senkung des Rentenalters bejubelt und ihm gleichzeitig Unfähigkeit beim öffentlichen Schuldenabbau vorwirft.

Bleibt ein Bonus, mit dem Hollande die aktuelle Durststrecke zu übertauchen hofft. 52 Prozent der Franzosen halten ihn noch immer für šsympathischō, 50 Prozent für šehrlichō. Von solchen Werten konnte Sarkozy im Vergleichszeitraum nicht einmal mehr träumen. Ein solches Profil könnte Hollande bei einem Wiederanspringen der Konjunktur zu Gute

kommen. Hält die Krise aber zulange an, könnte die restliche Sympathie für den netten Kompromissler an der Staatsspitze einem rabiaten Überdruss weichen.